

GLOSSAR - Ausgewählte aktuelle Begriffe zur Entwicklungspolitik

Der Alltag der Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit ist von vielen Fachbegriffen geprägt, die nicht gleich verständlich erscheinen. Englische Begriffe fließen zunehmend auch in die deutschsprachigen Diskurse ein.

Das folgende Glossar enthält Erklärungen und Definitionen zum aktuellen entwicklungspolitischen Fachjargon, um ein einheitliches Verständnis zu fördern.

African Union – AU

Die AU wurde 1999 als Nachfolgeorganisation der Organisation of African Unity (OAU) gegründet, um den Prozess der afrikanischen Integration zu beschleunigen. Die AU setzt es sich u.a. zum Ziel, die Einheit und Solidarität zwischen den afrikanischen Ländern zu stärken, die politische und sozioökonomische Integration zu fördern und Frieden und Stabilität, Demokratisierung und den Schutz der Menschenrechte zu sichern.

AKP-Staaten

Derzeit zählen 79 afrikanische, karibische und pazifische Staaten zu den AKP-Staaten, denen im Assoziationsvertrag von =>Cotonou aus dem Jahr 2000 (davor in den vier =>Lomé-Abkommen) zugestanden wird, Waren weitgehend zollfrei in die EG/EU zu exportieren.

Sie stellen eine wichtige „Empfängergruppe“ im Bereich der EU-Entwicklungszusammenarbeit dar, die im Falle der AKP-Staaten durch den „Europäischen Entwicklungsfonds“ (EEF) finanziert wird. Diese Länder sind größtenteils ehemalige Kolonien von einigen Mitgliedstaaten der EU.

Allgemeines Präferenzsystem – APS

Das APS (Generalised System of Preferences, GSP) besteht seit 1971 und ist ein Handelssystem der EG/EU, das den Entwicklungsländern unilateral Handelspräferenzen gewährt. Jeweils für einen Zeitraum von zehn Jahren abgeschlossen, zielt das APS auf eine Verbindung von Handels- und Entwicklungspolitik, um eine wirksame Bekämpfung der Armut zu ermöglichen und die Integration der Entwicklungsländer in den Weltmarkt zu forcieren.

Seit der Gründung der =>Welthandelsorganisation (WTO) 1995 erfuhr das APS zahlreiche Anpassungen an deren Liberalisierungsagenda. Die neue allgemeine Regelung des APS, die seit 2006 in Kraft ist, differenziert stärker zwischen den Entwicklungsländern und versucht so, die schwächsten Volkswirtschaften verstärkt durch Zollpräferenzen einzubeziehen.

Arbeitsgemeinschaft Entwicklungszusammenarbeit – AGEZ

Die AGEZ entstand 1988 als Plattform nichtstaatlicher, entwicklungspolitischer Organisationen und ist seit 1991 ein überparteilicher und konfessionell ungebundener Dachverband (Verein) der wichtigsten privaten Einrichtungen der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Ziel ist die Vertretung gemeinsamer entwicklungspolitischer Interessen gegenüber öffentlichen Stellen, insbesondere des Bundes, und die Information der breiten Öffentlichkeit zu Anliegen der Entwicklungszusammenarbeit. Die AGEZ hat derzeit 29 Mitgliedsorganisationen.

Internet: <http://www.oneworld.at/agez>

Austrian Development Agency – ADA

Seit 1. Jänner 2004 besteht die Austrian Development Agency GmbH, die im Auftrag des =>Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten (BMeiA) die Projekte der =>Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit erarbeitet und für ihre operationelle Durchführung sorgt. Arbeitsgrundlage ist das EZA-Gesetz und das vom BMeiA erstellte Dreijahresprogramm der Österreichischen Entwicklungspolitik. Die ADA arbeitet weiters sowohl auf EU-Ebene als auch in internationalen Organisationen an Projekten der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit mit. In diesem Rahmen bemüht sich die ADA um die Akquisition von internationalen Mitteln und Kofinanzierungen für Projekte der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit.

Internet: <http://www.ada.gv.at>

Basket funds (Korbfinanzierungen)

Basket funds versuchen die Vorteile der gemeinsamen Finanzierung eines Programms durch mehrere Geber zu nutzen. Die Umsetzung der Finanzmittel beruht aber nicht notwendigerweise auf den Regeln und der öffentlichen Verwaltung des Empfängerlandes. Die Mittel der Geber sind nicht Teil der Budgetadministration des Empfängerlandes und werden nach separat ausverhandelten, für beide Seiten bindenden Regeln verwaltet.

Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit

Die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit wird vom Geber direkt dem Empfängerland zur Verfügung gestellt. Sie wird entweder unmittelbar im Empfängerland von der Regierung des Landes, NGOs, Firmen oder entwicklungspolitischen Einrichtungen abgewickelt oder kommt unmittelbar Bürgern des Landes zugute. Sie kann in Form von Zuschüssen oder in Form von Krediten vergeben werden.

Zur bilateralen Entwicklungszusammenarbeit werden beispielsweise Programme und Projekte, Investitionen, Humanitäre Hilfe, Schuldenreduktionen, Flüchtlingshilfe, Verwaltungsausgaben, Öffentlichkeitsarbeit usw. eines Geberlandes gezählt.

Bildung für Alle – EFA

1990 fand unter dem Motto „Education for All – Bildung für Alle“ die erste UN-Weltbildungskonferenz in Jomtien, Thailand, statt. Ihr Ziel war die Sicherstellung der =>Grundbildung für alle Menschen bis zum Jahr 2000. In der nachfolgenden Dekade kam es zwar zu Verbesserungen, doch das Ziel „Bildung für Alle“ konnte nicht erreicht werden. Grund dafür war oft auch die fehlende Qualität der Bildung. Das UN-Weltbildungsforum im April 2000 in Dakar bekräftigte den Anspruch, sechs internationale Bildungsziele bis zum Jahr 2015 zu erreichen. Der Aktionsrahmen von Dakar übertrug die Verantwortung für die Erreichung dieser Ziele den Regierungen der Entwicklungsländer. Die internationale Gemeinschaft verpflichtete sich dazu, die Entwicklungsländer in ihren Anstrengungen zu unterstützen. Die Koordinierung auf internationaler Ebene obliegt der UNESCO, die jährlich einen Fortschrittsbericht herausgibt.

Internet: <http://www.unesco.org/education/efa>

Bildung für Nachhaltige Entwicklung

Bildung für Nachhaltige Entwicklung ist ein von der UNO gefördertes Konzept, das Bildung als Grundlage und Schlüssel zur Erreichung einer menschengerechten Gesellschaft betrachtet. Dazu muss einerseits der Zugang zur =>Bildung für Alle gewährleistet sein, andererseits die Idee nachhaltiger Entwicklung auf allen Ebenen in die Bildungssysteme integriert werden. Zur Umsetzung dieses Konzepts hat die UNO die Dekade „Bildung für Nachhaltige Entwicklung 2005-2014“ ausgerufen.

Internet: <http://www.unesco.org/education>

Braindrain

Als Braindrain wird die Abwanderung qualifizierter Fach- und Führungskräfte ins Ausland bezeichnet (im Gegensatz zum Begriff „brain waste“, der die Allokation hochqualifizierter Arbeitskräfte in Jobs mit niedriger Qualifikation beschreibt). Interessanterweise wurde der Begriff zuerst in Zusammenhang mit der Auswanderung hoch qualifizierter Fachkräfte aus Großbritannien in die USA geprägt. Seit einiger Zeit wird das Thema vor allem in Bezug auf Entwicklungsländer als Herkunftsländer von qualifizierten Migrantinnen und Migranten diskutiert. Braindrain kann zu schwerwiegendem Fachkräftemangel in Schlüsselbereichen wie dem Gesundheits- oder Bildungssektor sowie zur Schwächung der Institutionen höherer Bildung und von Wissenschaft und Forschung in den Entwicklungsländern führen. Heute wird die Emigration von Hochqualifizierten meist nicht mehr als abgeschlossener Prozess interpretiert, der für die Herkunftsländer in einem Humankapitalverlust und für die Aufnahmeländer in einem Humankapitalgewinn (brain gain) resultiert. Stattdessen wird versucht die Migration Hochqualifizierter aktuell und potenziell eher als einen zirkulären Prozess der Hin- und Her- bzw. Weiterwanderung (brain circulation) zu organisieren, von dem nicht nur Industrieländer, sondern auch Entwicklungsländer profitieren können. Von Bedeutung sind hier auch Formen der virtuellen wissenschaftlichen und fachlichen Zusammenarbeit zwischen Herkunfts- und Aufnahmeländern durch die Diaspora-Gemeinden (virtual brain gain).

Bruttonationaleinkommen – BNE

Das Bruttonationaleinkommen, früher auch Bruttosozialprodukt (BSP) genannt, umfasst die jährliche von den Bürgern eines Staates erbrachte volkswirtschaftliche Gesamtleistung unter Berücksichtigung von Steuern, Subventionen, Abschreibungen, Abgaben u.a. Es setzt sich aus dem BIP (Bruttoinlandsprodukt) sowie den von Inländern im Ausland aus Arbeit und Kapital erwirtschafteten Einkommen, abzüglich der von Ausländern im Inland bezogenen Einkommen, zusammen. Leistungen und Güter, die in Privathaushalten oder durch Schattenwirtschaft oder Subsistenzwirtschaft erbracht werden, bleiben unberücksichtigt.

Budgethilfe

Budgethilfe ist dadurch charakterisiert, dass die Finanzmittel direkt an die Partnerregierung transferiert werden, wobei diese Mittel nicht an ein spezifisches Projekt gebunden sind und ihre Umsetzung auf den lokalen Systemen des Empfängerlandes für Beschaffung, Finanzmanagement und Allokation (Management der Budgetmittel) beruht. Generelle Budgethilfe ist die Bereitstellung von Finanzmitteln für den allgemeinen Staatshaushalt. In der Regel wird damit eine Armutsreduzierungsstrategie (= > PRSP) unterstützt. Sektorielle Budgethilfe ist Budgethilfe, die für einen abgegrenzten Sektor zweckgewidmet ist und die Umsetzung eines Sektorprogramms unterstützt. In der Regel bedeutet dies die direkte Unterstützung eines Fachministeriums (z.B. Bildung). Die Umsetzung des Sektorprogramms und dessen Planung obliegt den Institutionen des Empfängerlandes.

Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMeiA), vormals Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten (BMAA)

Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMeiA) koordiniert die österreichische Entwicklungspolitik. Die politische Verantwortung gegenüber dem Parlament trägt Bundesministerin Dr. Ursula Plassnik. Das BMeiA publiziert gemäß dem EZA-Gesetz jährlich ein Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik sowie einen Jahresbericht über die österreichische Entwicklungszusammenarbeit des Bundesministeriums. Die Sektion VII „Entwicklungszusammenarbeit sowie Kooperation mit den Mittel- und Osteuropäischen

Staaten; Koordination der internationalen Entwicklungspolitik“, deren Leitung bei Botschafterin Dr. Irene Freudenschuss-Reichl liegt, konzentriert sich seit der Gründung der =>ADA mit 1. Jänner 2004 auf die Formulierung und Steuerung entwicklungspolitischer Positionen und strategischer Rahmenbedingungen, auf die Gesamtkoordination der staatlichen entwicklungspolitischen Aktivitäten im Sinne der Kohärenz der österreichischen EZA und auf die Geberkoordination auf internationaler Ebene.

Internet: <http://www.bmeia.gv.at/>

Capacity Development – Kapazitätenentwicklung

Capacity Development ist in den letzten Jahren ins Zentrum internationaler Entwicklungszusammenarbeit gerückt und als zentrales Instrument in Rahmendokumenten wie der Paris Declaration on Aid Effectiveness verankert. Man hat erkannt, dass die übergeordneten Ziele der Entwicklungszusammenarbeit wie Armutsminderung oder Demokratieentwicklung und die jeweiligen Teilziele in den verschiedenen Sektoren ohne endogene personelle und institutionelle Kapazitäten nicht erreichbar sind. Die Entwicklung von Kapazitäten ist ein methodischer Ansatz, der alle Arbeitsbereiche und Sektoren der EZA betrifft, eng verknüpft mit der Idee, die Eigenverantwortlichkeit der Beteiligten in den Entwicklungsländern zu fördern. Im weiteren Sinn wird die Entwicklung von Kapazitäten heute als ein Prozess beschrieben, im Rahmen dessen Individuen, Organisationen, Institutionen und Gesellschaften die (individuellen und gemeinsamen) Fähigkeiten entwickeln, derer es bedarf, um Lösungen für bestehende Probleme zu finden. Die Entwicklung von Kapazitäten kann als ein Instrument, ein Prozess und ein Ziel an sich gesehen werden.

Cotonou-Abkommen

Gegenüber seinem Vorläufer, dem =>Lomé-Abkommen, verfügt das Kooperationsabkommen von Cotonou aus dem Jahr 2000 zwischen der EU und den =>AKP-Staaten über eine längere Laufzeit (insgesamt zwanzig Jahre bei einer Überprüfung der Vertragsbedingungen alle fünf Jahre) und eine stärkere konditionale Ausrichtung der Zusammenarbeit, die an die Erfüllung der Kriterien der „good governance“ geknüpft wird. Die Finanzierung erfolgt nicht aus dem Gemeinschaftsbudget der EU, sondern aus dem =>EEF. Die Partnerschaft ruht auf den fünf Säulen Politik, Partizipation, Armutsbekämpfung, wirtschaftliche und handelspolitische Zusammenarbeit sowie Reform der finanziellen Zusammenarbeit.

Development Assistance Committee – DAC

Das DAC, das Entwicklungshilfekomitee der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), ist ein zentrales Diskussionsforum, in dem die Geberländer an der Steigerung der Wirksamkeit des gemeinsamen Beitrages zur nachhaltigen Entwicklung arbeiten. Seine 23 Mitglieder bringen ca. 95% der öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen der Industrieländer auf. Das DAC konzentriert sich auf die Frage, wie die Entwicklungszusammenarbeit einerseits zur Integration der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft und andererseits zur Armutsminderung beitragen kann.

Internet: http://www.oecd.org/department/0,2688,en_2649_33721_1_1_1_1_1,00.html

Direktinvestitionen

Bei ausländischen *Direktinvestitionen* (Foreign Direct Investment – FDI) handelt es sich um eher längerfristige Investitionen in Unternehmen, bei denen ein bedeutendes Mitscheidungsrecht an den ausländischen Investor übertragen wird. Die UNCTAD spricht hierbei von der Übernahme eines Unternehmensanteils von mindestens 10 %.

Der Ertrag aus der Direktinvestition entsteht durch den entsprechenden Anteil am Unternehmensgewinn sowie durch eventuelle Aufwertungen des Betriebsvermögens, wie z.B. von Grund und Boden.

Grundsätzlich unterscheidet man zwei Arten von FDI: Die erste Variante sind die so genannten „*greenfield investments*“, also die Neugründung eines Unternehmens im Ausland. Die zweite und weitaus häufigere Form ist jedoch die der „*Mergers and Aquisitions*“ (M & A), das sind Übernahmen von – oder Zusammenschlüsse mit – bereits bestehenden Unternehmen. Auch Privatisierungen von staatlichen Unternehmen zählen zu dieser Kategorie.

Economic Partnership Agreements – EPAs

Die Verhandlung von regionalen Wirtschaftsabkommen wurde im Rahmen des =>Cotonou-Vertrags zwischen der EU und den AKP-Staaten festgelegt. Der Anlass für diese grundlegende Neugestaltung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Europa und Afrika, der Karibik und der Pazifikregion ist die WTO-Widrigkeit der einseitigen Handelspräferenzen, die seit den =>Lomé-Abkommen für die AKP-Staaten gelten.

Die AKP-Staaten sind für die Verhandlung und Implementierung der Abkommen in sechs Regionen eingeteilt, die sich teilweise mit bereits bestehenden, regionalen Organisationen überschneiden. Ziel der Abkommen ist es daher auch, die Regionalintegration der AKP-Staaten zu erhöhen.

Die EPAs beinhalten primär umfassende Handelsliberalisierungen, die derzeit kontroversiell diskutiert werden, da für die AKP-Staaten, darunter speziell für die ärmsten Länder (=>LDCs) eine Reihe negativer Auswirkungen befürchtet werden. Zu den möglichen negativen Konsequenzen zählen Einbußen im Staatshaushalt südlicher Länder durch wegfallende Zolleinnahmen, die nicht unmittelbar kompensiert werden können, Exportrückgänge durch sinkende Wechselkurse oder eine massive Wettbewerbssteigerung im Bereich Landwirtschaft durch Billigimporte aus der EU, die Folgen für den Arbeitsmarkt hat.

Der zeitliche Rahmen der Verhandlung der Partnerschaftsabkommen ist Ende 2007, da diese bereits mit erstem Januar 2008 in Kraft treten sollen.

Empowerment – Ermächtigung

Empowerment bezeichnet einen Prozess, der es Menschen ermöglicht, einen immer stärkeren Einfluss und die Kontrolle über Entscheidungen, Ressourcen, Rechte, Politiken und Verfahren auszuüben, welche ihr Leben bestimmen. Konkret heißt Empowerment, die Einflussnahme der Benachteiligten auf die Gestaltung ihrer Lebensverhältnisse zu erweitern. Dies kann beispielsweise durch Beratung, Bildung und Ausbildung geschehen, aber auch durch rechtliche Absicherung und Unterstützung beim Ausbau gemeinsamer Organisationsstrukturen. Ohne Empowerment können Entwicklungserfolge nicht nachhaltig sein.

EU-Entwicklungszusammenarbeit

Die Entwicklungszusammenarbeit (EZA) der Europäischen Union setzt sich einerseits aus der vergemeinschafteten EZA der Europäischen Gemeinschaft (supranationale Ebene) und andererseits aus der EZA der Mitgliedstaaten der EU zusammen. Sie umfasst direkte Budgethilfe ebenso wie multilaterale EZA oder Kofinanzierung von Nichtregierungsorganisationen (NROs/NGOs).

Ziele und Grundsätze der EU-EZA finden sich unter anderem im Vertrag zur Gründung der EU (Maastricht, 1992), im Europäischen Konsens zur Entwicklungspolitik (2005) oder im Abkommen von =>Cotonou (2000, 2005).

Bei der Finanzierung der EU-EZA ist zwischen dreierlei Quellen zu unterscheiden: die Mittel aus dem Gemeinschaftsbudget, deren Gesamtvolumina in der Finanziellen

Vorausschau 2007-2013 geregelt sind; die Gelder aus dem =>Europäischen Entwicklungsfonds (EEF), der von Mitgliedstaaten direkt gespeist, aber von der EU-Kommission verwaltet wird und der die EZA der EU mit den =>AKP-Staaten finanziert; und schließlich die nationalen EZA-Budgets der Mitgliedstaaten, die weiterhin selbstständig, aber in politischer Koordination mit der EU-Kommission und den anderen EU-Mitgliedstaaten verwaltet werden.

In der Kommission sind für den Bereich EZA der/die KommissarIn für Entwicklung und humanitäre Hilfe, Außenbeziehungen und Nachbarschaftspolitik, Handel sowie Erweiterung zuständig. Im Rat tritt halbjährlich ein informeller EntwicklungsministerInnenrat zusammen. Das EU-Parlament hat einen eigenen Entwicklungsausschuss eingerichtet.

Die Gesetzgebung im Bereich der EU-EZA geschieht im so genannten Mitentscheidungsverfahren, wobei Rat und Parlament auf Vorschlag der Kommission entscheiden.

Europäische Entwicklungsfonds – EEF/EDF

Der EEF ist das wichtigste Hilfsinstrument der EU für die Entwicklungszusammenarbeit mit den AKP-Staaten und den überseeischen Ländern und Gebieten (ÜLG).

Der EEF wird zwar durch Zuschüsse aus dem Gemeinschaftshaushalt ergänzt, ist aber noch nicht in diesen integriert. Er wird von den Mitgliedstaaten getrennt finanziert.

Ursprünglich für 5 Jahre konzipiert, richtet sich seine Laufzeit nach der Dauer der Partnerschaftsabkommen (zuerst Jaounde, später =>Lomé und aktuell =>Cotonou). Derzeit wird über die Budgetierung des 10. EEF verhandelt, der von 2008 bis 2013 implementiert werden soll.

Europäischer Konsens zur Entwicklungspolitik (Development Policy Statement)

Der Europäische Konsens ist eine gemeinsame Erklärung zur Entwicklungspolitik der Europäischen Union, die im Dezember 2005 von Kommission, Rat und Parlament unterzeichnet wurde. Erstmals wird eine umfassende Entwicklungspolitik politisch verbindlich festgelegt und versucht, EU-Institutionen, Mitgliedstaaten und Nichtregierungsorganisationen zu einer kohärenten EZA zu verpflichten.

Als allgemeiner Referenzrahmen fungieren die =>Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) und Afrika rückt verstärkt ins Zentrum. Thematisch werden Entwicklung und Sicherheit, Entwicklung und Handel sowie Entwicklung und Umwelt als Schwerpunkte genannt. Inhaltlich bezieht sich der Konsens im Wesentlichen auf bereits bekannte Positionen der EU, der wichtigste Verdienst dieses Papiers besteht demnach im politischen Charakter einer übergreifenden Verpflichtungserklärung, die auch die Mitgliedstaaten der EU einschließt.

Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)

Die rechtlichen Grundlagen für eine gemeinsame, europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik wurden durch den Vertrag von Maastricht 1992 geschaffen. Sie ist Teil der =>Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und damit Bestandteil der zweiten Säule der EU (mitgliedstaatliche Kompetenz).

Die ESVP basiert auf den Petersberg-Aufgaben, d.h. humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltende Aufgaben und Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung inklusive friedensschaffender Maßnahmen. Seither wird die ESVP ständig weiterentwickelt, wobei die Formulierung einer eigenen Sicherheitspolitik 2003 eine wesentliche Maßnahme zu einer gesamteuropäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik darstellt.

European Neighbourhood Policy – ENP

Die Europäische Nachbarschaftspolitik wurde 2004 entwickelt und hat zum Ziel, die Ausbildung neuer Trennlinien zwischen einer erweiterten EU und ihren unmittelbaren Nachbarstaaten zu verhindern, indem gezielt Kooperation und wirtschaftliche Annäherung gefördert wird.

Die EU bietet diesen Ländern eine Art privilegierte Partnerschaft an, die auf einem Fundament „gemeinsamer Werte“ aufbaut. Dieses Fundament beinhaltet unter anderem Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, gute Regierungsführung, marktwirtschaftliche Wirtschaftspolitik und nachhaltige Entwicklung.

Zu den eingebundenen Länder zählen Algerien, Armenien, Aserbeidschan, Weißrussland, Ägypten, Georgien, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, Moldawien, Marokko, Palästina, Syrien, Tunesien und die Ukraine. Ausgenommen ist Russland, mit dem eine eigene „strategische Partnerschaft“ besteht.

European Recovery Programme – ERP

Das European Recovery Programme ist eine seit 1985 nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen geführte Förderinstitution, die der österreichischen Wirtschaft Kredite auf der Grundlage der Marshallplan-Hilfe der USA zum Wiederaufbau Europas nach dem Zweiten Weltkrieg gewährt. Mittel aus diesem Fond können auch aufgrund eines interministeriellen Abkommens für die Programm- und Projekthilfe der =>ADA verwendet werden.

Everything but Arms-Initiative – EBA

Die Sonderregelung „Alles außer Waffen“ ist ein präferenzielles Handelsabkommen, das die Europäische Union mit den 50 am wenigsten entwickelten Ländern geschlossen hat. Es ist Bestandteil des Allgemeinen Präferenzsystems der Europäischen Union. Das Abkommen soll den zollfreien und mengenmäßig unbeschränkten Zugang zum Markt der Europäischen Union für alle Erzeugnisse (außer Waffen) gewähren. Gemäß den Bestimmungen des Abkommens erhalten alle Erzeugnisse (einschließlich landwirtschaftliche Erzeugnisse) freien Zugang zum Markt der Europäischen Union. Die einzigen Ausnahmen sind Bananen (freier Zugang ab Januar 2006), Zucker (freier Zugang ab Juli 2009) und Reis (freier Zugang ab September 2009).

Fast Track Initiative – FTI

Die Education for All – Fast Track Initiative (FTI) ist eine globale Partnerschaft mit dem Ziel, das Erreichen des internationalen Bildungsziels „Primarschulbildung für alle Kinder bis 2015“ zu unterstützen bzw. zu beschleunigen. Die Initiative wurde von der Weltbank gemeinsam mit der UNESCO und einigen bilateralen Geberagenturen nach dem Weltbildungsforum 2000 in Dakar ins Leben gerufen. Damit soll sichergestellt werden, dass die Bemühungen der Entwicklungsländer im Hinblick auf die Verbesserung des Zugangs zu qualitativer Grundbildung nicht an fehlenden Geldmitteln scheitern.

Formeller Sektor

Darunter versteht man einen Teilbereich des Arbeitsmarktes, der Arbeitsplätze mit folgenden Merkmalen anbietet: Arbeits-, sozial- und steuerrechtliche Bestimmungen werden seitens der Unternehmen und seitens der ArbeitnehmerInnen eingehalten (Zahlen von Steuern). Letzteres gilt vor allem für jene Gruppe von ArbeitnehmerInnen, die heute unter dem Begriff „neue Selbstständige“ subsumiert werden. Im Vergleich mit dem =>informellen Sektor ist die Entlohnung im formellen Sektor tendenziell höher. Dennoch werden auch im formellen Sektor zunehmend Jobs angeboten, die äußerst schlecht bezahlt sind und die Deckung der Lebenshaltungskosten nicht garantieren. Ein weiteres Merkmal des formellen Sektors ist die Existenz von Gewerkschaften. Das gilt für

einen Großteil der Entwicklungsländer. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad variiert jedoch stark je nach Land und Sektor.

Fragile Staaten

In der Entwicklungszusammenarbeit versteht man unter fragilen Staaten jene Länder, denen es entweder an politischem Willen oder an den notwendigen Kapazitäten fehlt, um die wesentlichen Funktionen eines Staates erfüllen zu können. Viele fragile Staaten sind von Konflikten geprägt, werden von autoritären Regimes kontrolliert oder sind von einer Kombination aus beiden gekennzeichnet. Zu den fragilen Staaten zählen laut Weltbank 47 Länder, von denen mehr als die Hälfte in Afrika südlich der Sahara liegt. Wesentlich aus der Sicht der Entwicklungszusammenarbeit ist, dass die Situation ein Engagement der Gebergemeinschaft schwierig macht.

General Agreement on Tariffs and Trade - Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (GATT)

Das GATT wurde 1948 abgeschlossen und ist Vorläufer der 1995 gegründeten =>WTO. In den insgesamt acht Verhandlungsrunden wurde der Abbau von Handelshemmnissen vereinbart. Die Prinzipien des GATT umfassen die Meistbegünstigung gegenüber allen Vertragspartnern, die rechtliche Gleichbehandlung von in- und ausländischen Gütern, das Verbot von Mengenbeschränkungen, Dumping und Exportsubventionen sowie das Gebot von Zollsenkungen und das Prinzip der Gegenseitigkeit beim Abbau von Handelshemmnissen.

General Agreement on Trade in Services – Allgemeines Abkommen für den Handel mit Dienstleistungen (GATS)

Das GATS ist ein Abkommen über den grenzüberschreitenden Handel mit Dienstleistungen und dessen Liberalisierung. Es ist neben GATT und TRIPS Teil des =>WTO-Regelsystems und wurde mit der WTO-Gründung 1995 verabschiedet. Das GATS besteht aus einem Rahmenabkommen, das allgemeine Grundprinzipien (Meistbegünstigung, Transparenz, Nichtdiskriminierung, freier Marktzugang) fixiert, und aus Anhängen, in denen sektor- und länderspezifische Besonderheiten geregelt sind. Seit dem Jahr 2000 wird über eine Ausdehnung des Geltungsbereiches verhandelt, der Stillstand der Doha-Verhandlungsrunde betrifft auch die GATS-Verhandlungen.

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik – GASP

Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ging aus dem Vertrag von Maastricht hervor und gehört zur zweiten, zwischenstaatlichen Säule der EU, beruht also auf der freiwilligen Kooperation der Mitgliedstaaten. Ziele der GASP sind einerseits die Wahrung der Werte, Interessen und Unversehrtheit der EU, andererseits die Stärkung der internationalen Sicherheit, Menschenrechte und Demokratie.

Entscheidendes Organ der GASP ist der Europäische Rat, also die Vertretung der Regierungen der Mitgliedstaaten in der EU. Seit 1998 gibt es einen hohen Vertreter der GASP, der die Repräsentation nach außen und die Koordination der Mitgliedstaaten übernimmt.

Gender

Der aus dem Englischen stammende Begriff bedeutet Geschlecht im Sinne von sozialen Rollen, die Männern und Frauen in einer bestimmten Gesellschaft zu einer bestimmten Zeit zugeordnet werden. Der Genderansatz in der Entwicklungszusammenarbeit entspricht einem gesellschaftspolitischen und systemischen Entwicklungsverständnis: Er beleuchtet das Rollenverhältnis zwischen Frauen und Männern, die durch die soziokulturellen, wirtschaftlichen, rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen ihrer

Gesellschaft geprägt sind. In den meisten Gesellschaften unterscheidet sich die Situation von Männern und Frauen durch die Aktivitäten, denen sie nachgehen, beim Zugang zu und der Kontrolle über Ressourcen und in Bezug auf die Beteiligung an Entscheidungsprozessen. Frauen sind in den meisten Gesellschaften diesbezüglich benachteiligt.

Der Genderansatz geht davon aus, dass für die wirksame Erreichung der Gleichstellung von Frauen in der Gesellschaft nicht nur die Veränderung der sozialen und ökonomischen Situation der Frauen wichtig ist, sondern auch die Veränderung des Verhältnisses der Geschlechter zueinander. Frauen und Männer müssen für die Erreichung einer nachhaltigen Entwicklung ihrer Gesellschaft gleichermaßen in den Entwicklungs- und Gestaltungsprozess mit einbezogen werden.

Global Governance

Der Begriff wurde von der von Willy Brandt gegründeten „Commission for Global Governance“ maßgeblich geprägt und hat sich inzwischen als vieldeutiges Schlagwort etabliert. Global Governance kann als Versuch verstanden werden, globale Probleme mit einem neuen politischen Ordnungsmodell zu bewältigen. Dabei sollen global agierende Netzwerke verschiedenster staatlicher und nichtstaatlicher Akteure zusammenwirken, da die globalen Probleme von morgen nicht mit den nationalstaatlichen Instrumenten von gestern gelöst werden können.

Global Public Goods

Das Konzept von globalen öffentlichen Gütern als zentraler Baustein einer neuen Entwicklungspolitik wurde erstmals in dem 1999 vom UNDP veröffentlichten Buch "Global Public Goods. International Cooperation in the 21st Century" dargelegt. Demnach werden darunter sowohl Naturgüter wie auch Gesundheit, Wissen bzw. Bildung, wirtschaftliche Stabilität und Frieden verstanden. Generell werden damit Güter bezeichnet, deren Nutzen über Nationalstaaten und Regionen hinausgeht und die im Gegensatz zu privaten Gütern durch die beiden zentralen Eigenschaften Nichtausschließbarkeit und Nichtrivalität gekennzeichnet sind. Mit dem Konzept der globalen öffentlichen Güter wird der Tatsache Rechnung getragen, dass immer mehr Probleme heute nicht mehr innerhalb eines Nationalstaates lösbar sind, sondern politische Koordination und Kooperation, vor allem auch auf internationaler Ebene, erfordern.

Globalisierung

Der Terminus Globalisierung hat sich als Sammelbegriff für alle Prozesse im Zusammenhang mit den wachsenden weltweiten Verflechtungen zwischen Staaten, Gesellschaften und Volkswirtschaften etabliert, die vor allem durch Veränderungen in der Kommunikationstechnologie und im Transportwesen bedingt sind.

Grundbildung

Laut dem Artikel 1 der Weltdeklaration => „Bildung für Alle“ 1990 wird unter Grundbildung die Aneignung grundlegender Kenntnisse, Fertigkeiten, Werte und Haltungen, die jeder Mensch, ob Kind, Jugendlicher oder Erwachsener, für sein Überleben, die volle Entfaltung seiner Fähigkeiten, für ein menschenwürdiges Leben und menschenwürdige Arbeitsbedingungen, seine uneingeschränkte Beteiligung an der Entwicklung sowie die Fortsetzung des Lernens benötigt, verstanden. Hierzu zählen z.B. Lesen, Schreiben, mündlicher Ausdruck, Rechnen und das Lösen von Problemen.

Laut UNESCO umfasst Grundbildung nicht nur die Primarschule sowie die erste Stufe der Sekundarschule. Frühkindliche Entwicklung, Erwachsenenalphabetisierung, berufliche Bildung und => Skills development sind ebenfalls wesentliche Bereiche des Grundbildungskonzeptes von „Education for All“.

Highly Indebted Poor Countries-Initiative – HIPC-Initiative

Im Jahr 1996 wurde in der HIPC-Initiative armen Ländern erstmals ein umfassender Schuldenerlass von multilateralen Finanzorganisationen, regionalen Entwicklungsbanken, der Europäischen Union und den im =>Pariser Club zusammengeschlossenen Gläubigerregierungen in Aussicht gestellt. Da sich die in der HIPC-Initiative vereinbarten Schuldentreibungen als ungenügend für die Erreichung eines tragfähigen Schuldenniveaus herausstellten, wurde 2005 die so genannte =>MDRI-Initiative beschlossen.

International Development Association – Internationale Entwicklungsorganisation (IDA)

Die IDA ist die 1960 gegründete Teilorganisation der Weltbankgruppe, die Kredite zu Vorzugsbedingungen (lange Laufzeiten, geringe Zinssätze) an die 82 ärmsten Entwicklungsländer vergibt.

Internet: <http://www.worldbank.org/ida>

Index für menschliche Armut – Human Poverty Index (HPI)

Der HPI misst Mängel bei der grundlegenden menschlichen Entwicklung in den gleichen Dimensionen wie der =>Index für menschliche Entwicklung (HDI). Die hierfür verwendeten Variablen sind der Prozentsatz der Menschen mit einer Lebenserwartung unter 40 Jahren, der Prozentsatz der erwachsenen AnalphabetInnen und die ökonomische Gesamtversorgung, ausgedrückt durch den Prozentsatz der Menschen ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser und den Prozentsatz der Kinder unter fünf Jahren mit Untergewicht.

Index für menschliche Entwicklung – Human Development Index (HDI)

Der HDI misst die durchschnittlichen Leistungen eines Landes in drei grundlegenden Dimensionen menschlicher Entwicklung: Lebensdauer, Bildung und angemessener Lebensstandard. Er setzt sich aus drei Variablen zusammen: Lebenserwartung, Bildungsstand (Alphabetisierung der Erwachsenen und Gesamteinschulung auf der Primar-, Sekundar- und tertiären Bildungstufe) und reales Pro-Kopf-BIP.

Informeller Sektor

Dieser Teil des Arbeitsmarktes ist nicht in das staatlich regulierte System eingebunden. Die angebotenen Beschäftigungsmöglichkeiten sind ungeschützt, d.h. weder arbeits- noch sozialrechtliche Bestimmungen werden eingehalten. Zu den Merkmalen dieses Sektors zählen: in vielen Fällen arbeitsintensive Produktion, einfache Technologie, geringe oder gar nicht vorhandene Qualifikation der Arbeitskräfte, schlechte Bezahlung, geringer gewerkschaftlicher Organisationsgrad, das Fehlen von Kranken- und Altersversicherung sowie die Umgehung von Arbeitsschutzbestimmungen. In den Entwicklungsländern ist ein hoher Anteil der arbeitenden Bevölkerung im informellen Sektor tätig.

International Monetary Fund – Internationaler Währungsfonds (IWF)

Der IWF wurde 1944 als Finanzorganisation mit Status einer Sonderorganisation bei den Vereinten Nationen gegründet. Die Ziele des IWF beinhalten eine verstärkte Zusammenarbeit seiner Mitglieder im Bereich der Währungspolitik, eine Förderung des weltweiten Handels und im Falle von Währungskrisen die finanzielle Unterstützung seiner Mitglieder in Form von Krediten.

Internet: <http://www.imf.org>

Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für internationale Entwicklung und Mission – KOO

Die KOO ist eine Dachorganisation der katholischen Hilfswerke (24 Mitgliedsorganisationen), die sich teilweise oder ausschließlich mit der Förderung der Entwicklungs- und Pastoralarbeit sowie mit Katastrophenhilfe in Afrika, Asien und Lateinamerika beschäftigen. Die Hauptaufgabe der Koordinierungsstelle ist die Förderung von Information, Koordination und Kooperation ihrer Mitglieder.

Internet: <http://www.koo.at>

Least Developed Countries – LDCs

Darunter wird jene Gruppe von Entwicklungsländern subsumiert, die laut Beschluss der UN-Vollversammlung von 1971 als am wenigsten entwickelte Länder gelten. Ursprünglich waren die LDCs eine Gruppe von 25 Ländern, seit Ende 2003 sind es 50. Die Zuordnung von Entwicklungsländern in die Gruppe der LDCs wird vom UN Committee for Development Policy (CDP) vorgenommen und erfolgt nach vier Indikatoren: (i) BIP pro Kopf unter 900 US\$; (ii) Human Assets Index (enthält Indikatoren bezüglich Ernährungssituation, Gesundheit, Einschulungsquote und Alphabetisierungsrate); (iii) Economic Vulnerability Index (der Index enthält die Indikatoren: Instabilität der landwirtschaftlichen Produktion, Instabilität der Exporterlöse, Anteil von verarbeitender Industrie am BIP, Exportkonzentration, Handicap eines geringen Wirtschaftsaufkommens, Prozentsatz der Bevölkerung, die durch Naturkatastrophen obdachlos wurde); (iv) Bevölkerung unter 75 Millionen.

Die dritte LDC-Sonderkonferenz der UNO im Jahr 2001 verabschiedete ein Aktionsprogramm für eine LDC-Dekade 2001-2010.

Internet: <http://www.un.org/ohrlls/>

Lomé-Abkommen

Als Lomé-Abkommen wurden die in regelmäßigen Abständen erneuerten vertraglichen Regelungen der Zusammenarbeit von EU und AKP-Staaten bezeichnet, die nach dem ersten Verhandlungsort, der togolesischen Hauptstadt Lomé, benannt waren. Im Jahr 2000 wurden die Kooperationsverträge von Lomé durch das Abkommen von =>Cotonou ersetzt.

Meistbegünstigungsklausel

Gemäß der Behandlung nach der Meistbegünstigungsklausel muss ein Mitglied der Welthandelsorganisation (WTO), das einem Land einen Vorteil gewährt, alle anderen Länder, die der WTO angehören, ebenso behandeln. Ziel dieses Grundsatzes ist es sicherzustellen, dass keines der WTO angehörenden Länder benachteiligt wird. Der Grundsatz wurde zunächst in Artikel I des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) von 1947 niedergelegt und durch dessen Übernahme in das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) von 1994 fortgeschrieben.

Millennium Development Goals – Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs)

Beim Millenniumsgipfel der Vereinten Nationen im Jahr 2000 wurden acht Millenniumsziele verabschiedet, die heute einen festen Bezugspunkt der internationalen und österreichischen Entwicklungspolitik bilden. Oberstes Ziel ist es, durch geeignete entwicklungspolitische Anstrengungen die Anzahl der in absoluter Armut lebenden Menschen bis 2015 zu halbieren. Weiters verpflichteten sich die Mitgliedstaaten unter anderem zur Sicherstellung universeller Primarschulbildung für alle Kinder (siehe => Bildung für Alle), zur Halbierung der Anzahl der Menschen, die an Hunger leiden sowie jener, die keinen Zugang zu hygienischem Trinkwasser haben.

Multilateral Debt Relief Initiative – MDRI

Die MDRI ist eine Entschuldungsinitiative, die am G8-Gipfel im Juli 2005 beschlossen wurde und jenen Ländern, die die =>HIPC-Initiative absolviert haben, einen weit reichenden multilateralen Schuldenerlass gewährt.

Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit

Da viele Entwicklungsprobleme nicht auf bilateraler Basis gelöst werden können, wird über multilaterale Einrichtungen versucht, verschiedene Probleme auf globaler Ebene gemeinsam zu lösen. Die Arbeit dieser multilateralen Einrichtungen – wie beispielsweise der UN-Organisationen, der Finanzinstitutionen oder der EU – wird von den jeweiligen Mitgliedstaaten finanziert.

New Partnership for Africa's Development – NEPAD

NEPAD ist eine Initiative, die im Auftrag der =>AU einen strategischer Entwicklungsrahmen für Afrika ausgearbeitet hat. Vorrangige Ziele von NEPAD sind die Armutsminderung und Förderung von nachhaltiger Entwicklung in den afrikanischen Ländern, die Beendigung der Marginalisierung Afrikas im Rahmen des Globalisierungsprozesses sowie die Beschleunigung des =>Empowerments von Frauen. NEPAD hat zu diesem Zweck ein integriertes Entwicklungsprogramm entworfen. NEPAD sieht ihre Aufgabe auch in der gemeinsamen Konfliktlösung. Für die G8-Staaten stellt NEPAD inzwischen die wichtigste Entwicklungsinitiative in Afrika dar.

Internet: <http://www.nepad.org/>

Official Development Assistance – ODA

Das =>Development Assistance Committee (DAC) erhebt jährlich die Leistungen der =>öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) seiner Mitgliedsländer. Darunter werden jene Mittelflüsse von öffentlichen Stellen (einschließlich Ländern, Gemeinden und öffentlichen Gebietskörperschaften) an Entwicklungsländer und multilaterale Institutionen zum Zweck der Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation gezählt, die zu vergünstigten Bedingungen vergeben werden. Als Entwicklungsland zählen jene Länder, die vom DAC als Entwicklungsländer und Gebiete in der Empfängerländerliste (<http://www.oecd.org/dataoecd/43/51/35832713.pdf>) definiert werden.

Ownership

Innerhalb der Entwicklungszusammenarbeit versteht man darunter, dass Verantwortung und Trägerschaft für die Entwicklungsvorhaben beim jeweiligen Partner im Entwicklungsland liegen. Entwicklungszusammenarbeit sollte insgesamt so angelegt sein, dass Betroffene eine Maßnahme oder ein Projekt zu ihrer eigenen Sache machen, sich aktiv und eigenverantwortlich daran beteiligen. Deshalb ist Ownership immer auch mit Partizipation und – innerhalb eines Landes – mit Dezentralisierung verbunden. Es geht darum, die Entscheidungsgewalt innerhalb einer Gesellschaft bis hin zu den einzelnen Mitgliedern der Zivilgesellschaft hinunter zu brechen. Ownership geht Hand in Hand mit =>Empowerment, damit Menschen und Institutionen eigenverantwortlich an Entwicklungsprozessen teilnehmen können.

Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit – OEZA

Unter OEZA wird im engeren Sinn die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit der =>ADA verstanden. Sie konzentriert ihre Arbeit vor allem auf die OEZA-Schwerpunktregionen und OEZA-Partnerländer und versucht durch sachliche und thematische Orientierung an den =>Millenniums-Entwicklungszielen die Wirksamkeit der Programme zu erhöhen. Die Strategien und politischen Konzepte der OEZA werden im =>BMeiA in der Sektion VII „Entwicklungszusammenarbeit sowie Kooperation mit den

Mittel- und Osteuropäischen Staaten; Koordination der internationalen Entwicklungspolitik“ erarbeitet, während die =>Austrian Development Agency (ADA) die Umsetzung und Durchführung der OEZA seit 1. Jänner 2004 übernommen hat.

Pariser Klub

Der Pariser Klub ist ein informeller Zusammenschluss westlicher Industrieländer, die in ihrer Funktion als Hauptgläubiger der hoch verschuldeten Entwicklungsländer im Falle von Verschuldungskrisen über Umschuldungen (zum Beispiel Vereinbarung längerer Zahlungsfristen, Senkung des Zinssatzes) oder den Schuldenerlass beraten. Internet: <http://www.clubdeparis.org>

Poverty Reduction Strategy Paper – PRSP

PRSPs oder Strategiepapiere zur Armutsbekämpfung sind eine Vorbedingung für neue Kredite der Internationalen Finanzinstitutionen sowie für Schuldenerlass. Sie werden – im optimalen Fall – von den Regierungen unter Einbeziehung der zivilgesellschaftlichen Akteure erarbeitet und sollen als zentrales Planungsinstrument in den ärmsten Entwicklungsländern dienen und sowohl soziale als auch makroökonomische, strukturelle und sektorale Maßnahmen umfassen.

Programm

In der Entwicklungszusammenarbeit definiert ein Programm strategische Ziele und Vorgaben, die durch die einzelnen Projekte oder Förderungsmaßnahmen umgesetzt werden sollen. Ein Finanzrahmen ist festgelegt.

Programmhilfe

Während in der Entwicklungszusammenarbeit =>Projekte auf die Finanzierung eines spezifischen, abgrenzbaren Investitionsvorhabens abzielen, ist Programmhilfe die Bereitstellung von Ressourcen für das Partnerland um (i) Importe zu finanzieren, (ii) ein =>Programm zur Unterstützung eines spezifischen Sektors zu unterstützen oder (iii) Elemente aus den Budgetausgaben des Empfängerlandes zu finanzieren.

Projekt

In der Entwicklungszusammenarbeit kann ein Projekt als eine Reihe von Aktivitäten definiert werden, die der Erreichung eines spezifischen Ziels innerhalb einer bestimmten Zeitspanne dienen. Wesentliche Kriterien sind: Projekte setzen eine klar abgrenzbare und zeitlich befristete Maßnahme um, der die im Rahmen des Projektes bereitgestellten Ressourcen auch klar zugeordnet werden können. Die Umsetzung erfolgt außerhalb des Budgetzyklus des Empfängerlandes.

Projekthilfe

Unter Projekthilfe wird jener Teil der Kapitalhilfe an Entwicklungsländer bezeichnet, bei dem Projekte finanziert werden, die ein regional, sozial, gegenständlich und vor allem auch zeitlich begrenztes oder abgrenzbares Maßnahmenbündel umfassen, mit dem ein detailliert geplantes und nachprüfbares Ziel erreicht werden soll. Die Projekte werden vom Partner und gegebenenfalls von weiteren Institutionen durchgeführt. Ein Projekt kann Teil eines übergeordneten =>Programms sein.

Public Private Partnership – PPP

Mit „Entwicklungspartnerschaften“ – einer neuen Form der Zusammenarbeit von Entwicklungspolitik und privater Wirtschaft – wird versucht, entwicklungspolitische Ziele und privatwirtschaftliche Interessen wie Gewinnstreben miteinander zu verbinden und dadurch Synergieeffekte zu erzielen. Kritiker dieser Partnerschaften verweisen unter

anderem auf die unscharfe Abgrenzung zur Außenwirtschaftsförderung und auf die Gefahr der ungerechtfertigten Subventionierung gewinnorientierter Unternehmen durch öffentliche Mittel.

Sector Wide Approach – SWAP

Ein SWAP ist ein Prozess der Zusammenarbeit zwischen Geber- und Empfängerländern, der darauf abzielt, dass sowohl die lokalen Budgetmittel als auch die Hilfsgelder der Gebergemeinschaft eine (Sektor)Politik unter der Federführung des Empfängerlandes unterstützen. Im Rahmen eines SWAP wird daher eine kohärente Sektorpolitik und Strategie, ein mittelfristiges und umfassendes Ausgabenprogramm für die lokalen und externen Ressourcen sowie ein gemeinsames Management-, Planungs- und Berichtswesen erstellt. Die Unterstützung eines SWAP durch die Geberseite ist an kein bestimmtes Instrument bzw. eine bestimmte Modalität gebunden und kann in Form von Budgethilfen, Pooled Funding aber auch durch Projekte erfolgen.

Skills development

Unter Skills development wird im Allgemeinen die Entwicklung von Qualifikationen und Kompetenzen verstanden, die es den betroffenen Menschen erlauben sollen, beschäftigungsrelevante Fertigkeiten zu erwerben und laufend zu erneuern. Dieser Begriff entspringt einem Wandel im Bereich der beruflichen Aus- und Fortbildung im Zusammenhang mit der zunehmenden Akzeleration neuer Ausbildungsbedürfnisse. Diese ergeben sich u.a. durch den beschleunigten technologischen Wandel und sich weiter ausdifferenzierende Marktanforderungen, andererseits durch das Bestreben, die Ausbildungsbedürfnisse von im informellen Sektor arbeitenden Menschen zu berücksichtigen. „Klassische“, im formalen System angesiedelte Berufsbildung kann die sich schnell wandelnden Ausbildungsbedürfnisse daher kaum mehr abdecken. Skills development findet meist im non-formalen Bildungsbereich statt und beinhaltet im umfassenden Sinn neben einkommensgenerierenden Bildungsmaßnahmen auch grundlegende Fähigkeiten wie Lesen, Schreiben und Rechnen.

TRIPS – Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights

TRIPS sind eine =>WTO-Vereinbarung, die zum Ziel hat, Standards für den Schutz des geistigen Eigentums im Zusammenhang mit Handelsfragen festzulegen. Durch TRIPS werden z.B. Patente, Urheberrechte, Handelsmarken und geografische Herkunftsbezeichnungen geschützt. Durch das TRIPS werden auch Zugangs- und Verwertungsrechte zu bisher oftmals kollektiv genutzten Ressourcen reguliert. Das TRIPS ist neben dem =>GATT und dem =>GATS der dritte Pfeiler im Regelsystem der =>WTO.

United Nations Conference on Trade and Development – UNCTAD

Die UNCTAD ist die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung. Als ständiges Organ der Vereinten Nationen werden im Rahmen der in Abstand von jeweils vier Jahren stattfindenden Konferenzen Fragen des Welthandels diskutiert. Die Konferenz verfolgt das Ziel, eine bessere Integration der Entwicklungsländer in den weltweiten Wirtschaftsprozess zu erreichen. Die Entwicklungsländer nutzten die auf ihr Drängen hin ins Leben gerufene Konferenz als Plattform, um in den 1970er Jahren ihre Forderungen nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung (NWWO) zu verwirklichen.

Internet: <http://www.unctad.org>

Welthandelsorganisation – World Trade Organisation (WTO)

Die WTO wurde 1995 in der Nachfolge des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (=>GATT) gegründet und hat ihren Sitz in Genf. Sie hat die Aufgabe, Regeln für den internationalen Handel zu formulieren. Während sich die GATT-Regeln vor allem auf den

allgemeinen Güterhandel bezogen, umfassen die WTO-Verträge auch Regeln für den Dienstleistungshandel (= >GATS) und für den Schutz geistigen Eigentums (= >TRIPS). Die WTO besitzt durch ein Schiedsgericht die Möglichkeit, Ländern, die gegen die Verträge verstoßen, Sanktionen aufzuerlegen. Die WTO hat 150 Mitgliedsländer, das höchste Entscheidungsgremium, die Ministerkonferenz, tagt alle zwei Jahre.
Internet: <http://www.wto.org>

Weitere Glossare zu entwicklungspolitischen Begriffen:

Bundeszentrale für politische Bildung:

<http://www.bpb.de/publikationen/4XXXS8,0,0,Glossar.html>

Organisation for Economic Co-operation and Development – OECD:

<http://stats.oecd.org/glossary/index.htm>

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung – BMZ:

http://www.bmz.de/de/service/glossar/a_d.html

Virtual Developing Country:

<http://www.bized.co.uk/virtual/dc/resource/glos1.htm>

Computing in the Humanities and Social Sciences – CHASS:

<http://www.chass.utoronto.ca/~reak/gloslist.htm>

Department for International Development – DFID:

<http://www.dfid.gov.uk/aboutdfid/glossary.asp>

Universität Trier:

<http://www.uni-trier.de/kulturglossar/html/e-begriffe.html#entwicklung>

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit – DEZA:

<http://www.deza.admin.ch/index.php?navID=26425&langID=6>

Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH – GTZ:

<http://www.gtz.de/de/publikationen/begriffswelt-gtz/de/include.asp>